



HESSISCHER LANDTAG

25. 08. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ankündigung des Ministerpräsidenten für ein schwarz-rotes Bildungspaket entpuppt sich als Luftnummer - Zukunftsinvestitionen in Hessens Schulen müssen jetzt kommen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die jüngsten Kürzungen bei Integrierten Gesamtschulen, beim Sozialindex, bei den Sprachkitas und beim Schulfach „Digitale Welt“ einen traurigen Tiefpunkt in der bildungspolitischen Bilanz von CDU und SPD darstellen. Nach Monaten massiver Proteste über den schwarz-roten Bildungs-Kahlschlag hat Ministerpräsident Rhein bei der Halbzeitbilanz der Landesregierung ein Bildungspaket angekündigt. Dass die Koalition nicht in der Lage war, zum Schuljahresbeginn auch nur Grundzüge dieses Bildungspakets zu präsentieren, unterstreicht die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung und zeigt, dass sie die Herausforderungen an Hessens Schulen nach wie vor nicht richtig ernst nimmt. Der Landtag fordert die Landesregierung deswegen auf, nun schnellstmöglich ein umfassendes Bildungspaket für Hessen auf den Weg zu bringen, das mindestens folgende vier Punkte enthalten sollte: Kürzungen zurücknehmen, konsequente Digitalisierung, Qualitätsverfall stoppen, Rechtsanspruch Ganzttag umsetzen.
2. Der Landtag betont, dass die Grundlage eines Bildungspakets die vollständige und bedingungslose Rücknahme der Kürzungen an Integrierten Gesamtschulen, beim Sozialindex und bei der Sprachförderung an Kitas sein muss. Ohne den Erhalt und den Ausbau bewährter Strukturen zur Stärkung der Bildungsgerechtigkeit, wird die Schere bei den Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen in Hessen immer weiter auseinandergehen.
3. Der Landtag fordert eine konsequente Digitalisierung an Hessens Schulen und dass Medienbildung ein zentraler Bestandteil des Fächerkanons an weiterführenden Schulen werden muss. Die Landesregierung muss den Digitalpakt 2.0 deswegen für eine echte digitale Offensive an Hessens Schulen nutzen und die 185 Millionen Euro Bundesmittel in vollem Umfang mit zusätzlichen Mitteln kofinanzieren: Das Schulfach „Digitale Welt“ muss Pflichtfach für alle 5. und 6. Klassen werden. Darüber hinaus sollen alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 mit standardisierten digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet werden, eng begleitet durch Medieneinsatzkonzepte und den Aufbau eines digitalen Katalogs mit fachlich geprüften digitalen Lernmitteln für alle Inhalte der Kerncurricula ab Klasse 7. Zudem müssen auch die im Rahmen des ersten Digitalpakts angeschafften Arbeitsgeräte für die Lehrkräfte ersetzt und gemeinsam mit den Schulträgern eine dauerhafte Regelung für die Wartung und Anschaffung getroffen werden.
4. Der Landtag stellt fest, dass es angesichts des schlechten Abschneidens Hessens beim IQB-Bildungstrend endlich eine umfassende Qualitätsoffensive für Hessens Schulen braucht, bei der Maßnahmen der datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung eine zentrale Rolle spielen müssen. Hamburg hat sich mit entsprechenden Instrumenten in verschiedenen Vergleichsstudien der letzten Jahre auffallend positiv entwickelt. Das was andersorts bereits erfolgreich erprobt ist, braucht kein neues Pilotprojekt, sondern eine flächendeckende Einführung. Zudem muss die Entwicklungsstandtestung von Kindern etwa 18 Monate vor der Einschulung standardisiert und qualitativ um mathematische und motorische Fähigkeiten aufgewertet werden – die Vorlaufkurse im Jahr vor der Einschulung müssen gleichermaßen erweitert werden.

5. Der Landtag betont, dass der am 1. August 2026 für den ersten Jahrgang gestartete Rechtsanspruch Ganztag für Kinder im Grundschulalter eine echte Chance für gerechtere Bildungschancen und bessere individuelle Förderung darstellt. Die Landesregierung muss deswegen mehr Verantwortung für das Gelingen übernehmen und die Hilferufe der kommunalen Schulträger über Finanzierungslücken ernst nehmen. Es ist ein handfester Skandal, dass die Landesregierung von den Betriebskostenzuschüssen des Bundes keinen einzigen Cent an die Kommunen weitergeben will. Bis 2030 wächst dieser Zuschuss für Hessen auf knapp 100 Millionen Euro. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterzuleiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. August 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)